

Sport in der Stadt

(Positionspapier des Sportausschusses des Deutschen Städtetages vom 19.11.2004)

Bedeutung des Sports

Spiel- und Bewegungsräume insbesondere im Wohnumfeld, die für vielfältige Sport- und Freizeitaktivitäten genutzt werden können, sowie Sportstätten für den Breiten-, Schul- und Leistungssport haben hohen Anteil an der Attraktivität und Lebensqualität unserer Städte. Dieses Angebot dient zur bewegungs- und körperorientierten, ganzheitlichen Entwicklung der Persönlichkeit und zur Gesundheitsförderung in physischer, psychischer und sozialer Hinsicht. Insbesondere für Kinder und Jugendliche stellt der Sport - in der Ergänzung zur Familie und Schule - ein wesentliches Element zum Erwerb sozialer Kompetenz dar.

Kernaufgaben städtischer Sportpolitik

Im Rahmen der Sportförderung ist es eine zentrale Aufgabe der Städte, Sportstätten zu planen, zu bauen und zu unterhalten sowie Dritte dabei zu unterstützen. Vorrang vor Neubau hat die Schaffung von wohnungsnahen Bewegungsräumen und die bedarfsgerechte Modernisierung und Sanierung bestehender Sportstätten, die Umnutzung früher anderweitig genutzter Flächen und Gebäude für die Sportausübung.

Die Städte beschließen über die von ihnen konkret zu leistende Förderung in eigener Verantwortung. Die örtlichen politischen Vertretungskörperschaften treffen die erforderlichen Grundsatz- und Einzelentscheidungen; sie sind sich ihrer hohen Verantwortung für eine angemessene kommunale Sportförderung im Rahmen ihrer Selbstverwaltung und ihrer finanziellen Möglichkeiten bewusst.

Um der Sportentwicklung die notwendigen Chancen und Impulse zu geben und zur Vermeidung von Fehlinvestitionen ist eine präzise Bestimmung des heutigen und zukünftigen Bedarfs u.a. an Sportstätten notwendig. Hierbei haben sich verschiedene Methoden der Sportstättenentwicklungsplanung bereits in zahlreichen Anwendungen bewährt. Es empfiehlt sich, diese Verfahren in enger Kooperation mit Politik, Verwaltung und den Nutzern und deren Organisationen durchzuführen.

Unbeschadet der primären Verantwortung des Bundes und der Länder unterstützen die Städte neben dem Breitensport auch - in erster Linie wegen seiner Vorbild- und Anreizfunktion für die Jugend - den Leistungs- und Spitzensport.

Die Städte erkennen im Rahmen eines auch durch Sport geprägten Bildungsweges die hohe Bedeutung des Schulsports, eine den Ländern zugewiesene öffentliche Aufgabe, durch ihre aktive Mitwirkung ausdrücklich an. Sie stellen – i. d. R. mit finanzieller Unterstützung durch das Land - die Schulsportstätten zur Verfügung und unterstützen in den Schulen und Vereinen gemeinsam durchgeführte Breiten- wie Leistungssportprogramme. Wie alle kommunalen Sportstätten sollen auch die Schulsportstätten nach Möglichkeit der gesamten sporttreibenden Bevölkerung innerhalb und außerhalb der Vereine zur Verfügung stehen.

Neben dem Bau und der Unterhaltung von Anlagen und der Bereitstellung von Sportinfrastruktur zu angemessenen Bedingungen stellt die Förderung sportlicher Aktivitäten, insbesondere in den gemeinnützigen Vereinen, einen weiteren Schwerpunkt kommunaler Sportpolitik dar. Dies ist abhängig von den örtlichen Gegebenheiten, der Finanzkraft der Stadt und der Vereine, der Schwerpunktbildung im Sportgeschehen sowie den Förderregelungen des jeweiligen Landes und des Landessportbundes.

Partner der städtischen Sportpolitik

Kommunale Sportpolitik erfasst die gesamte Bevölkerung innerhalb und außerhalb von Vereinen. Kommunale Sportpolitik und die hierzu bereitgestellten Mittel richten sich auf diejenigen örtlichen Aktivitäten, die eindeutig als Sport und sportnahes Freizeitverhalten zu definieren sind.

Die Sportvereine sind wichtige Partner der Kommunen bei der Gestaltung des sportlichen Lebens in den Städten und die örtliche Basis für den Breiten- und Spitzensport.

Die Förderung des Vereinssports durch

- die Kommunen, insbesondere durch Bereitstellung der Infrastruktur - beispielsweise die Mitbenutzung der Schulsportstätten -,
- durch die Unterstützung der Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit und
- die Förderung und Stärkung des Ehrenamtes wird auch in Zukunft wesentlicher Gegenstand von Kommunalpolitik bleiben. Hier kann eine Politik der aktiven Bürgergesellschaft eine starke Stütze finden.

Wichtige Partner der Städte für den sportpolitischen Dialog sind die in Stadtsportbünden/Sportkreisen zusammengeschlossenen Sportvereine sowie die Sportfachverbände. Bewährt haben sich sogenannte „Stadtforen für den Sport“ sowie andere Formen der Kooperation zwischen Städten, Vereinen und der Wirtschaft. Eine offene und von gegenseitigem Verständnis geprägte Zusammenarbeit ist für eine wirkungsvolle kommunale Sportpolitik unverzichtbar.

Die Sportverwaltungen der Städte sind Ansprechpartner für alle sportinteressierten Einwohnerinnen und Einwohner, insbesondere für Mitgliedervereine der Stadtsportbünde und Sportkreise, für weitere organisierte Sportgemeinschaften und für freie Gruppen. Hier haben sich auch die Einrichtung von Runden Tischen und andere Formen von Bürgerbeteiligung bewährt.

In allen Belangen des Sports sind die Städte auch beratend tätig und bieten im Rahmen ihrer Möglichkeiten organisatorische Hilfen bei besonderen Veranstaltungen an.

Ausgewählte Schwerpunkte und Handlungsfelder

Für die städtische Gesellschaft sind in verstärktem Maße Bewegung, Spiel und Sport als effektive Gesundheitsvor- und Nachsorge und damit als Beitrag zu einer „gesunden Stadt“ von herausgehobener Bedeutung.

Gesundheitsorientierte Sportangebote – die in kommunalen Netzwerken verankert sein sollten – geben die Chance zu einem eigenverantwortlichen Umgang mit der eigenen Gesundheit. Diese Angebote sollten alle Bevölkerungsgruppen und alle Altersstufen ansprechen. Hierunter wird eine aktive, regelmäßige und systematische körperliche Belastung verstanden mit dem Ziel, die Gesundheit sowohl körperlich als auch psychosozial zu verbessern, zu erhalten oder wieder herzustellen. Mehr Bewegung führt zu einer höheren Leistungsfähigkeit, größerer Gesundheitsstabilität und höherer Zufriedenheit.

Für die soziale Integration und innerstädtische Kommunikation leistet der Sport einen erheblichen Beitrag. Er dient nicht nur dem sozialen Zusammenhalt in den Stadtteilen sondern auch in der gesamten Stadt. Insbesondere wohnungsnaher Bewegungsangebote erweitern die tägliche Erlebniswelt und eröffnen neue Chancen des Zusammenlebens auch zwischen unterschiedlichen Ethnien und Generationen sowie entspannte Formen des nachbarschaftlichen Miteinanders.

In besonderer Weise gilt dies für Behinderte und die Gruppe älterer Menschen, deren Anteil an der Bevölkerung in den Städten in Zukunft deutlich zunehmen wird.

Die Offenheit des Sports gegenüber allen gesellschaftlichen Gruppen hat zur Bildung zahlreicher Kooperationen und Netzwerke geführt, die eine hohe soziale Bindungskraft ausstrahlen und ein soziales Sicherungssystem ganz eigener Art gebildet haben. Die demokratisch legitimierte Sportorganisationen stärken grundsätzlich das demokratische Gemeinwesen in den Städten.

Das den Sport in den Vereinen und Verbänden charakterisierende ehrenamtliche Engagement fördert die Eigeninitiative und die Fähigkeiten, sich in die Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes einzubringen. Die im Sport gelebte Solidarität auf allen Ebenen stärkt das innerstädtische Gemeinschaftsgefüge.

Herausragende Sportereignisse können bei seriöser finanzwirtschaftlicher Planung eine immer größere Bedeutung für die kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik bekommen. Die Bewerbungen zahlreicher Städte um nationale und internationale Sportveranstaltungen zeigen, wie wichtig die Durchführung solcher Veranstaltungen für das Stadtmarketing, das lokale Wirtschaftsleben und den Tourismus sein kann.

Das gewachsene Umweltbewusstsein hat nicht nur neue Formen der Sportausübung, sondern auch qualitativ und quantitativ veränderte Anforderungen an die Sportinfrastruktur zur Folge. Im Rahmen der Agenda 21 sind die Minderung des Flächenverbrauchs, der Umgang mit der Lärmproblematik, der Klimaschutz und die Umsetzung des Leitbilds eines „Sports der kurzen Wege“ in diesem Zusammenhang herausgehobene Handlungsfelder.

Perspektiven

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungslinien erhalten Bewegung, Spiel und Sport für die Stadtentwicklung besondere Bedeutung. Überall dort, wo Menschen leben, arbeiten und wohnen, ist der Sport nicht ein isoliertes gesellschaftliches Subsystem, sondern fester und sinngebender Bestandteil der Straßen-, Szenen-, Jugend-, Familien-, Senioren-, Fest- oder Vereinskultur. Die Tendenz, Sport in Kombination mit anderen Bereichen des kulturellen Lebens und der individuellen Freizeitgestaltung in den Städten zu inszenieren, nimmt zu. Dieses Beziehungsgeflecht ist für die Gestaltung von Bewegung, Spiel und Sport im Alltagsleben einer Stadt von wesentlicher Bedeutung. Eine zukunftsorientierte Sportentwicklung im kommunalen Raum muss entschieden über die Grenzen der Fachpolitik hinausgreifen, neue Instrumente einbeziehen und insgesamt als Querschnittsaufgabe angelegt sein.

Angesichts der sich ständig verändernden Freizeitgewohnheiten und neuer Trendsportarten sowie einer wachsenden Professionalisierung und Kommerzialisierung des Sports stehen die Städte immer wieder vor neuen Herausforderungen, die auch Konflikte nicht ausschließen. Die Städte müssen sorgfältig prüfen, wo ihre Unterstützung von Vereinen, Investitionen und Ereignissen an Grenzen stößt. Marketingstrategien der Wirtschaft für neue Sportarten und -geräte können nicht in jedem Fall voraussetzen, dass die öffentliche Hand in der Lage oder willens ist, optimale Bedingungen für die damit verbundene Betätigung zu schaffen.

Die Diskussion über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten sportpolitischer Entscheidungen ist dabei so eng wie möglich mit den Bürgerinnen und Bürgern zu führen. Es kann nicht von vornherein das Ziel solcher Diskussionen sein, die Erledigung einer Aufgabe auf der örtlichen Ebene auch mit der Erledigung durch die öffentliche Hand gleichzusetzen. Auf der Grundlage eines weiten Begriffs von bürgerschaftlicher Partizipation muss diskutiert und entschieden werden

- ob eine Aufgabe von der Stadt unmittelbar selbst wahrgenommen werden muss,
- diese Aufgabe an einen anderen Träger zur Durchführung in Auftrag gegeben werden kann,
- die Aufgabe vollständig Dritten - und damit dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage - überantwortet werden kann
- oder ob die Bürgerinnen und Bürger selbst, Vereine oder gemeinnützige Organisationen die Aufgabe - ggf. auch nur teilweise - übernehmen können und wollen.

Die Zukunft wird immer stärker in einer veränderteren Verantwortung im Sinne einer Gewährleistung liegen, die nicht immer an die unmittelbaren Trägerschaft gebunden sein muss. Gerade auf dem Gebiet des Sports, der ja eine lange Tradition bürgerschaftlichen Engagements und bürgerschaftlicher Selbstorganisation und -verwaltung aufzuweisen hat, sind derartige Diskussions- und Entscheidungsprozesse nichts Neues.

Neue Formen der Zusammenarbeit und Finanzierung zwischen öffentlicher Hand, Bürgerschaft und Wirtschaft können ein Weg sein, der noch lange nicht vollständig ausgelotet ist. Solche Partnerschaften bieten weitere Spielräume und Möglichkeiten, die genutzt werden müssen, um gemeinsam die Leistungsfähigkeit und den Lebenswert unserer Städte zu sichern. Es gibt zahlreiche eindrucksvolle Beispiele, wie sich die Städte verantwortungsbewusst, mit Phantasie und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Vereinen der Zukunftsaufgabe Sport stellen.